

## Antworten auf die Fragen der Kreiselternervertretung anlässlich der Kommunalwahl 2023

Zu Frage 1)

Hier für sollte das bereits etablierte System der „Praxisintegrierten Ausbildung“ unbedingt weiter ausgebaut werden. **Dieses Modell gibt Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, die Möglichkeit einer Umorientierung in Form eines Quereinstiegs in den Beruf des Erziehers.** Die 30 zur Verfügung stehenden Schulplätze in der Berufsschule Pinneberg, für die die Finanzierung gesichert ist, sind eindeutig zu wenig.

Fachkräfte können durch eine großangelegte Ausbildungsoffensive, Werbekampagnen in sozialen Netzwerken und im öffentlichen Raum gewonnen werden. Außerdem bessere Bezahlung. Allerdings ist hier anzumerken, dass die Hauptverantwortung für alle genannten Punkte bei den Trägern liegen sollte.

Zu Frage 2)

Der Besuch einer Kindertagesstätte, die frühkindliche Bildung, die eine unbedingt notwendige Sozialisation fördert, sollte für alle sozialen Schichten beitragsfrei sein.

Weil gerade in unteren sozialen Schichten häufiger Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern auftreten, ist es umso wichtiger, Kindern betroffener Familien den uneingeschränkten Zugang zu Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, um diese erfolgreicher in die Gesellschaft integrieren zu können.

Zu Frage 3)

Unter dem Aspekt, dass auch die Ernährung in den Bereich der Bildung einzuordnen ist, sprechen wir uns auch hier dafür aus, mehr nötige finanzielle Mittel bereitzustellen, um eine ausreichende Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu gewährleisten. Kommunale Zuschüsse sind denkbar, erwünscht und sollten geleistet werden, sofern die haushalterischen Mittel zur Genüge vorhanden sind.

Die Kooperation von Politik und Trägern mit regionalen (landwirtschaftlichen) Betrieben und Zulieferern sollte ausgebaut werden.

Zu Frage 4)

Vor allem für die vorschulische Bildung ist es unabdingbar, den geforderten Personalschlüssel einzuhalten, um ein Mindestmaß an Bildungsinhalten vermitteln zu können, welche für die Schulfähigkeit vorausgesetzt werden. Gerade im Vorschulalter ist zwischen einzelnen Kindern oftmals eine große Schere in Bezug auf die bereits erworbenen Fähigkeiten vorzufinden, was bedeutet, dass alle Kinder ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit und Förderung benötigen, um den Übergang in die Grundschule für Kinder und Lehrkräfte so angenehm und erfolgreich wie möglich zu gestalten.

**Mehr Sprachförderung / logopädische Unterstützung, um für die Grundschule notwendige Sprachkenntnisse vorweisen zu können.**

**Auf Landesebene setzt sich die AFD für die Wiedereinführung von Vorschulklassen an Grundschulen ein.**

Zu Frage 5)

Grundsätzlich spricht sich die AFD – Fraktion für eine Geschwisterermäßigung aus, welche der erste Schritt in Richtung vollkommener Beitragsfreiheit wäre. Es ist jedoch diesbezüglich zu bedenken, dass zum jetzigen Zeitpunkt die finanziellen Mittel leider nicht zur Verfügung stehen.

Die Devise muss deshalb auch hier lauten: Einsparung im Haushalt, z.B. durch die Senkung der Kreisumlage, wie auch im Wahlprogramm für die anstehende Kommunalwahl gefordert, um endlich mehr Gelder für Bildung fließen lassen zu können!

Zu Frage 6)

Inklusion ist nur bis zu einem gewissen Grad möglich und steht in enger Kausalität mit den vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen. Jede pädagogische Fachkraft, die am Kind arbeitet, weiß, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen, die nicht befriedigt werden, den Gruppenablauf derartig beeinträchtigen können, dass eine angemessene Betreuung aller Kinder nicht mehr gewährleistet werden kann.

Besondere Kinder benötigen eine besondere Betreuung **und Aufmerksamkeit. beispielsweise in Form von therapeutischen / heilpädagogischen Konzepten.**

Dies ist keine Ausgrenzung, sondern vielmehr eine besondere individuelle Wertschätzung, **die jedem Kind, jedem Menschen entgegengebracht werden sollte.**

Zu Frage 7)

Um mehr Gelder für den Betrieb und die Förderung der Bildungseinrichtungen bereitstellen zu können, ist es unbedingt von Nöten, an anderen Positionen des Haushalts Einsparungen vorzunehmen. Die Senkung der Kreisumlage ist daher unvermeidbar.

Ohnehin schon sehr begrenzte Ressourcen können außerdem durch die Vermeidung von „Bildungsangeboten“ für Kinder und Schulungen von Fachkräften und Führungskräften zu Themen wie Sexualpädagogik und Geschlechtervielfalt in Krippe und Kindergarten eingespart werden.

**Derartige Themen sind rein ideologisch motiviert und kein fester Bestandteil der Lebenswelt von Kindern. Ein gewisses Ausprobieren, das von einigen wenigen Kindern zeitweise praktizierte Schlüpfen in die Rolle des jeweils gegensätzlichen Geschlechts, sollte nicht gleich mit einer Geschlechtsidentitätsstörung in Verbindung gebracht werden und Anlass dazu geben, das Geschlecht des jeweiligen Kindes in Frage zu stellen.**

**Auch die nahezu ungehinderte Migration stellt Kindertagesstätten und Schulen vor nicht zu bewältigende Herausforderungen – vor allem durch das oft thematisierte Fehlen von pädagogischen Fachkräften, die so noch weniger ausreichen werden!**